

Demonstration für eine gerechte Bildungspolitik am 17. 11. 2007!

Beginn: 13:00 Uhr in der Eisenbahnstraße

Ende: 14:30 in der KaJo

Am 16. und 17. November versammelt sich die CDU an der Freiburger Neuen Messe zu ihrem Landesparteitag. Wir halten es für erforderlich, dass die CDU ihren bildungspolitischen Kurs neu definiert. Das Recht auf Bildung ist ein Grundrecht. Sie muss daher für jedeN frei zugänglich sein.

Wir fordern:

- mehr LehrerInnen an die Schulen
- ein längeres gemeinsames Lernen
- allgemeine Gebührenfreiheit im Bildungswesen
- Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft

Mehr LehrerInnen an die Schulen

Nur ein Jahr nach der Wahl wurde das Versprechen der Landesregierung, keine Lehrerstellen zu streichen, gebrochen. Etwa 500 Stellen wurden gesperrt, weitere 349 fielen dadurch weg, dass Referendare jetzt eine Wochenstunde mehr unterrichten müssen. Insgesamt sind viele tausend junge, gut ausgebildete LehrerInnen ohne Job, trotz häufigen Unterrichtsausfalls und überfüllter Klassenräume.

Für längeres gemeinsames Lernen

Das mehrgliedrige Schulsystem weist eklatante Schwächen auf. Die frühe Trennung von SchülerInnen nach der Grundschule verstärkt die soziale Selektion. Studien zeigen, dass SchülerInnen von einer längeren gemeinsamen Lernzeit profitieren. Deshalb fordern wir die Einführung der Integrierten Gesamtschule.

Studiengebühren abschaffen

Die Befürchtungen, dass Schulabgänger aus finanzschwache Familien vom Studium abgeschreckt werden, bewahrheiten sich. Zudem wurden die mit der Einführung von Studiengebühren gegebenen Versprechen nicht gehalten. Dies verwundert nicht weiter, da zeitgleich erheblich Landesmittel für die Hochschulen gekürzt wurden. Immer höhere Gebühren werden den immer weiter fortschreitenden Rückzug des Landes Baden-Württemberg aus seiner Bildungsverantwortung ausgleichen müssen und gleichzeitig die ohnehin schon bestehende soziale Schere weiter öffnen. Wir fordern daher, dass die Landesregierung wieder ihrer Verantwortung für die Hochschulen gerecht wird und die Studiengebühren wieder abschafft.

Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaften

Seit nunmehr 30 Jahren darf sich der Allgemeine Studierendenausschuss nur zu musischen, kulturellen, sportlichen und eingeschränkt zu sozialen Angelegenheiten äußern. Zu Themen wie Studiengebühren darf er daher keine Stellung beziehen. Eine funktionierende Demokratie braucht eigenständig denkende BürgerInnen und demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. Wir fordern daher die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft mit politischem Mandat sowie Finanz- und Satzungsautonomie.

